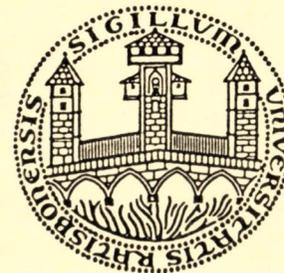


DOKUMENTE ZU VORGESCHICHTE UND AUFBAU
DER UNIVERSITÄT REGENSBURG

Ausstellung des Universitätsarchivs in
Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek



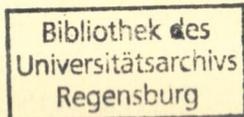
6. - 20. November 1987
Zentralbibliothek, Ausstellungsraum

102
AL
57402
D658

K u r z f ü h r e r

Folgende Stellen haben dankenswerterweise Leihgaben zur Verfügung gestellt:

Fotoarchiv der "Mittelbayerischen Zeitung"
Stadtarchiv Regensburg
Städtische Lichtbildstelle Regensburg
Universitätsbibliothek Regensburg (Nachlaß Engert)



Konzeption und Realisation
der Ausstellung, Texte:

Dr. Friedrich Hartmannsgruber

Beratung und Mitarbeit:

Dr. Angelika Reich

Die ersten Versuche, in Regensburg eine Universität zu begründen, müssen im Umfeld der frühen Nachkriegszeit gesehen werden. Sie sind geprägt von der existentiellen Not dieser Jahre, von der Rückbesinnung auf weltanschauliche Normen, die während des Nationalsozialismus verschüttet gewesen waren, vom Mißtrauen gegen eine von ethischen Bindungen abgehobene "reine" Wissenschaft, von einem wiedererwachenden Regionalismus nach dem Ende des braunen Zentralismus, generell von einem elementaren wirtschaftlichen und kulturellen Selbstbehauptungswillen, verstärkt noch durch das Ergebnis des Krieges, das Ostbayern an den Rand der westlichen Welt gerückt hatte.

Die drei bayerischen Universitäten München, Würzburg und Erlangen waren durch den Bombenkrieg schwer angeschlagen, im Personalbestand dezimiert, dabei überfüllt mit aus dem Krieg heimgekehrten Studenten. Im Mai 1946 ersuchte Kultusminister Dr. Franz Fendt die (staatlichen) Philosophisch-Theologischen Hochschulen, die bislang ausschließlich der katholischen Priesterausbildung gedient hatten, vorübergehend Studierende aller Fachrichtungen für die ersten Semester aufzunehmen und ihren Lehrbetrieb entsprechend zu erweitern. In den folgenden Jahren machten jeweils etwa 3000 Studierende von dieser Möglichkeit Gebrauch, die Mehrzahl davon in Regensburg und Bamberg. Beide Städte nahmen dies zum Anlaß, aus dem Provisorium heraus die Universität als Dauer-einrichtung anzustreben.

1 In Regensburg war es Hochschulrektor Prof. Dr. Josef Engert, der als erster die Universitätsidee propagierte, aus der Überzeugung, daß eine theologische Hochschule ohne die weltlichen Fächer ein Torso bleibe, wie umgekehrt eine Hochschule ohne die Theologie "der Krönung und des Abschlusses entbehre". Bis zum Sommer 1947 waren maßgebliche politische Kreise aus Stadt und Region für das Vorhaben gewonnen. Im Juni 1947 unterbreitete Engert sein Konzept einer "Hochschule für Geisteswissenschaften" dem Kultusministerium. Deren vornehmliches Ziel sah er in der "geistigen Formung" des Studenten auf christlicher Grundlage, die Hauptaufgabe also in Bildung und Ausbildung, nicht in der Forschung. Der Satzungsentwurf nahm an, die neuen Institute könnten weitgehend aus privaten Spenden und aus Mitteln des Bezirksverbandes aufgebaut werden; den Förderern wurde ein wesentlicher

Einfluß auf die Berufungen eingeräumt. Nicht zuletzt im Kollegium der Hochschule selbst stieß dieses Modell jedoch auf Ablehnung: Wenn schon, dann wollte man eine staatliche Volluniversität und keine bessere Volkshochschule. Engert wurde noch 1947 als Rektor nicht wiedergewählt und gegen seinen Willen emeritiert. Dessen ungeachtet blieb er auch in den folgenden Jahren dem Universitätsprojekt eng verbunden.

Seit Herbst 1947 förderte das Kultusministerium die Pläne, allerdings unter veränderten Bedingungen. Von vorneherein stand fest, daß die Staatsfinanzen nur eine neue Universität verkrafteten. So wurden die konkurrierenden Interessen Bambergs und Regensburgs auf vertraulichen Konferenzen abgesteckt (22. bzw. 29. November 1947). Bamberg forderte für sich die juristische Fakultät und die Naturwissenschaften, Regensburg sollte die Philologien und die Medizin erhalten; Theologie sollte an beiden Orten studiert werden können. Auf der Basis dieses Kompromisses empfahl Kultusminister Dr. Alois Hundhammer dem Ministerrat in einer Denkschrift vom 15. Januar 1948 die Errichtung der "Universität Bamberg-Regensburg".

Im Vertrauen auf die staatliche Förderung und zugleich zur Unterstreichung der eigenen Leistungsbereitschaft konstituierte sich am 20. Januar 1948 der "Verein der Freunde der Universität Regensburg e.V."

2 Die Vitrine zeigt einen repräsentativen Querschnitt durch die umfangreiche Werbearbeit des Universitätsvereins: die beiden Denkschriften vom Januar 1948 und Juni 1949, eine Zusammenfassung der Kernpunkte der Argumentation, hier am Beispiel der Universitätswoche im März 1949, drei kleinere Memoranden Engerts. Der Hexameter "Die Universität Regensburg spricht" stammt vom Leiter des Werbeausschusses, Dipl.-Ing. Richard Heider. Foto rechts unten: Prof. Dr. Dietrich Jahn war kurze Zeit Leiter der Medizinischen Außenstelle der Universität München an der Hochschule Regensburg und wirkte dann als Klinikdirektor in Nürnberg. 1948 begründete er die ärztlichen Fortbildungskurse, die sich bis 1962 auch als Wegbereiter der Universitätsidee verstanden.

Im Bilderrahmen das Memorandum der Stadt Regensburg vom Dezember 1947, eine von J. Engert verfaßte, mit Karten ausgestattete

kurze Denkschrift: "Die Universität Regensburg - Symbol unseres Lebens- und Aufbauwillens, unserer kulturellen Arbeit, unseres sozialen Denkens", Zeitungsartikel, u.a. über die Hoffnungen der Wirtschaft in die Universität.

3 Hauptaufgabe des Universitätsvereins war neben der Öffentlichkeitsarbeit und der Fühlungnahme mit Abgeordneten und Ministerium (dazu die vier Dokumente rechts) die finanzielle Unterstützung der erweiterten Hochschule. Hier wurde Erstaunliches geleistet, was verständlich macht, wie das Kultusministerium im Januar 1948 zu der euphorischen Einschätzung gelangen konnte, daß beim Ausbau der Universität "die staatlichen Ausgaben für Regensburg kaum ins Gewicht fallen" würden. Die Abrechnung per 28.2.1950 weist für die Zeit nach der Währungsreform einen starken nominellen Rückgang des Finanzaufkommens aus, in ernste Schwierigkeiten kam der Verein aber erst nach 1950. (Zum 31.7.1952 standen einem Guthaben von knapp 2000 DM Verbindlichkeiten von 14.270 DM gegenüber). Die Bedarfsmeldung der naturwissenschaftlichen Abteilung vom November 1949 gibt einen Eindruck vom bescheidenen Maß der Ansprüche, die wenigen erhaltenen Fotos veranschaulichen die Ärmlichkeit der Verhältnisse. Nichtsdestoweniger wurden die Studienmöglichkeiten von den Betroffenen als relativ sehr günstig beurteilt. Die Immatrikulationsstatistik zeigt, daß die Phil.-Theol. Hochschule damals keine primär theologische Bildungsstätte mehr war.

Im Bilderrahmen Ausbaupläne für die Kantine der ehemaligen Messerschmitt-Flugzeugwerke in Regensburg-Prüfening, Foto vom Bau unter Mithilfe der Studenten.

4 Unter den Argumenten für eine Universität in Regensburg standen zwei besonders im Vordergrund: die kulturelle Aufwertung Ostbayerns durch eine "Heimatuniversität" und die Hoffnung auf strukturpolitische Impulse durch Forschung mit regionalem Bezug. Diese Argumente begegnen auch in den Resolutionen der Elternbeiräte und der Industrie- und Handelskammer, in den Entschlüssen der Städte und Landkreise. In Erwartung des ökonomischen Nutzeffekts bildete sich im April 1949, zur finanziellen Absicherung der Hochschulinstitute, ein Kuratorium der oberpfälzischen Wirtschaft.

Der Plan einer mit Bamberg geteilten Universität, der für Regensburg den Verzicht auf die Natur- und die Wirtschaftswissenschaften bedeutet hätte, wurde deshalb in Regensburg nie wirklich akzeptiert. Engert legte den ostbayerischen Landtagsabgeordneten in einem hierfür charakteristischen Schreiben vom 10.1.1950 nahe, die Interessen ihrer Heimat nicht der Rücksicht auf den Ministerpräsidenten Hans Ehard und den CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Meixner, beide Abgeordnete für Bamberg, nachzuordnen.

Der Entwurf für eine "Bayerische Stiftungsuniversität Regensburg" von Prof. Dr. Wolfgang Grassmann stand bereits im Zeichen der möglichen Ablehnung der Universitätspläne durch den Landtag. Er kam aber nicht zur Ausführung.

5 Widerstand gegen eine Universitätsneugründung leisteten vornehmlich die bestehenden Landesuniversitäten. Sie forderten die Konzentration der Mittel auf den Wiederaufbau ihrer zerstörten Institute, gaben einer "Miniatur-Universität" nach Regensburger Zuschnitt (1500-2000 Studenten) keine Chance und hielten eine auf zwei Orte aufgeteilte "Universität" mit Recht für ein Unding. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften unterstützte diese Haltung. Die Überspannung des Kultusetats und der in der Tat ungeheure Notstand der alten Universitäten erhellt aus einem Schreiben des Leiters der Hochschulabteilung, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, an Rektor Prof. Dr. Heinz Fleckenstein. Besonders drastisch argumentierte der Senat der Universität Würzburg in einer Stellungnahme vom 2.2.1949: Die kargen Mittel weiter aufzusplittern, bedeute den "sicheren geistigen Tod" aller Universitäten und das Absinken Bayerns zum wissenschaftlich obskuren Niemandsland". - Die Zeitungsausschnitte in der Vitrine links oben spiegeln den Widerstand aus Regensburger Sicht. Der offene Brief Engerts antwortet den Rektoren der Landesuniversitäten auf ihre Protestvorstellung an die Abgeordneten, abgedruckt im "Münchner Merkur" vom 14./15.1.1950.

6 Auch von evangelischer Seite wurde die Neugründung abgelehnt. In der Errichtung zweier neuer katholisch-theologischer Fakultäten sah man eine Verletzung der konfessionellen Parität, befürchtete allgemein eine Zurücksetzung der Universität Erlangen. In der Landespolitik übertrug sich das Mißtrauen von

Sozialdemokraten und Liberalen gegen die restaurative Kulturpolitik von Minister Hundhammer auch auf seine Hochschulpläne: Man argwöhnte, es solle eine "weltanschauliche Kampfuniversität" entstehen. Der Artikel der "Hannoverschen Presse" (Bilderrahmen oben) ist in besonders krasser Weise von diesen Bedenken getragen.

Der Bayerische Landtag verschob am 20. Januar 1950 nach 13-stündiger Marathonsitzung die Entscheidung über die vierte Universität um zwei Jahre. Am 8. Oktober 1952 kam ein neuerlicher Antrag an das Plenum, der nur den Aufbau von Regensburg vorsah, über einen Zeitraum von 10 Jahren gestreckt und mit betont niedrigem Finanzansatz. Dennoch wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt; das Defizit für das Haushaltsjahr 1952/53 betrug 84 Mio. DM, die Studentenzahlen waren seit 1950 leicht gesunken. Die Phil.-Theol. Hochschule Regensburg stellte ihre Lehrtätigkeit zur Entlastung der Universitäten mit Ablauf des Wintersemesters 1954/55 ein.

7 Die Wiederaufnahme der Universitätspläne fällt in das Jahr 1959. Im Januar verknüpfte Josef Engert den Hinweis auf die Überfüllung der Universitäten mit der Hoffnung, daß Regensburg nun doch zum Zuge komme. Der im Oktober neu gewählte Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger machte sich den Gedanken sofort zu eigen. Er berief in Dr. Franz Schmidl einen ehrenamtlichen Universitätsbeauftragten und regte die Wiederbelebung des Universitätsvereins an; dieser rekonstituierte sich im Juni 1960 unter seinem Vorsitz.

Eine für den Fortgang der Dinge entscheidende Wegmarke setzte der Wissenschaftsrat im November 1960 mit der Empfehlung, im süddeutschen Raum eine neue Universität zur Entlastung von München zu gründen. Daraufhin verdoppelten sich die Aktivitäten von Stadt und Region, hier dokumentiert an der Resolution der ostbayerischen Elternbeiräte, dem offenen Brief des Regensburger Frauenarbeitskreises und einer EntschlieÙung der oberpfälzischen Landräte. Von besonders nachhaltiger Wirkung war die repräsentativ gestaltete Denkschrift der Stadt und des Universitätsvereins vom Juni 1961. Mit einem Mitteilungsblatt im Zeitungsformat, das die unvermindert aktiven Gegner einer Neugründung beim Namen nannte ("Wir müssen deutlich werden!") und zugleich in Karl

Bibliothek des
Universitätsarchivs
Regensburg

Jaspers einen prominenten Fürsprecher Regensburgs zu Wort kommen ließ, mahnte der Universitätsverein im Mai 1962 die zügige Behandlung der Gesetzesvorlage im Landtag an. Bereits im März 1962 hatte Schlichtinger einen "Wissenschaftlichen Beirat" vorgestellt, der - noch vor der Entscheidung der Legislative - die geistige Planung der Universität in Angriff nehmen sollte.

8 Im Landtag hatte Schlichtinger am 13. Januar 1961 zusammen mit 8 Abgeordneten der SPD den ersten Antrag auf Errichtung der 4. Landesuniversität gestellt. Am 23. März folgte ein interfraktioneller Antrag, nun unterzeichnet von 71 Abgeordneten. Die Regierung selbst hielt sich auffallend zurück. Eine vom Landtag im November 1961 erbetene offizielle Darlegung der bayerischen Hochschulplanung wurde, nach schwieriger Abstimmung zwischen Kultus- und Finanzministerium, erst im Mai 1962 vorgelegt ("Denkschrift über Ausbau und Neuerrichtung wissenschaftlicher Hochschulen in Bayern"). Sie gelangte außerdem zu widersprüchlichen Aussagen: Der Kultusminister nannte wohl eine Neugründung in Regensburg "wünschenswert", vordringlicher aber sei der Ausbau der bestehenden Universitäten. Der Finanzminister bestritt überhaupt den Bedarf für eine vierte Volluniversität; allein die Modernisierung der drei alten werde die Leistungsfähigkeit des Landes noch für 15 Jahre voll beanspruchen.

In Kenntnis dieser Widerstände griff man in der CSU-Fraktion, welcher daran gelegen sein mußte, der Opposition die Initiative in der Universitätssache zu entwenden, zu einem Überraschungscoup. Mitte Februar 1962 brachte eine kleine Abgeordnetengruppe um Wirtschaftsminister Dr. Otto Schedl und Dr. Ludwig Huber, unangekündigt und ohne Wissen des Kabinetts (vgl. den Artikel: "Der überspielte Finanzminister"), einen Gesetzesantrag auf Errichtung der Universität Regensburg in der Fraktion ein. Er wurde unter der Voraussetzung angenommen, daß dadurch die fränkischen und schwäbischen Wünsche nach einer Technischen Fakultät in Erlangen und einer Medizinischen Akademie in Augsburg nicht tangiert würden. Um die zeitliche und die Strukturplanung nicht nur in das Belieben des Kultusministers zu stellen, beantragte die SPD im April zusätzlich, unverzüglich ein vorbereitendes Gremium aus Wissenschaftlern und Parlamentariern zu bilden und ab 1963 Haushaltsmittel für die Universität bereitzuhalten.

Nach intensiven Ausschußberatungen nahm der Bayerische Landtag am 10. Juli 1962 beide Anträge bei nur 10 Gegenstimmen an. Am 18. Juli wurde das "Gesetz über die Errichtung einer vierten Landesuniversität" verkündet.

9 Ende Juli 1962 wurde der "Organisationsausschuß für die Universität Regensburg" eingesetzt. Ihm gehörten 21 Mitglieder an: Kultusminister Professor Theodor Maunz als Vorsitzender, 9 Professoren bayerischer Hochschulen, 7 Landtagsabgeordnete, 3 Ministerialbeamte sowie der Regensburger Oberbürgermeister. Der Ausschuß konstituierte sich am 4. September und legte nach sieben Sitzungen am 10. Juni 1963 ein "Memorandum zu Fragen des Aufbaues und der Struktur der Universität Regensburg" vor. Dieses rückte den Aspekt der Entlastung für München stark in den Vordergrund, sah deshalb von substantiellen Neuerungen ab und ließ wesentliche Fragen der inneren Ordnung der Universität unberührt. Die öffentliche Meinung wie auch die der Hochschulreform aufgeschlossene Fachwelt hielt mit Kritik nicht zurück.

Die nächste wichtige Etappe markierte der Ministerrat mit einem Beschluß vom 8. Oktober: Das Memorandum wurde als "Material" an das Kultusministerium weitergegeben (für die endgültige Struktur der Universität blieb es jedoch ohne Bedeutung) und die Einsetzung eines Kuratoriums verfügt, außerdem der alsbaldige Erlaß einer Rechtsverordnung für den Aufbau der Universität angeordnet, die Klärung der Geländefrage, die Einrichtung des Universitätsbauamtes und der -bibliothek.

10 Die Vitrine zeigt links die Berufung des Kuratoriums am Beispiel von Hochschulrektor Prof. Dr. Jakob Hommes. Das Kuratorium bildeten die Rektoren der drei Landesuniversitäten, der Technischen Hochschule München und der Phil.-Theol. Hochschule Regensburg. Seine erste Aufgabe war die Beratung der "Verordnung über die Errichtung der Universität in Regensburg", hier als Rohentwurf des Ministeriums und in der Endfassung vom 18. 12. 1963. Auf Vorschlag des Kuratoriums wurde im Juli 1964 aus seiner Mitte der Erlanger Historiker Götz Freiherr von Pölnitz zum Gründungsrektor bestellt, dessen Amtseinführung im Historischen Reichssaal am 27. November 1964 zwei Fotos rechts unten zeigen.

Die Stadt und der Universitätsverein blieben ihrerseits nicht untätig, Regensburg auf seine Universität einzustimmen. Aus der Palette der Aktivitäten sind hier die Universitätsgespräche vom März 1963 und Mai 1964 ausgewählt, beide ein hochrangiges Forum für den Erfahrungsaustausch mit den Verantwortlichen für Hochschulneugründungen, sowie das Studentische Universitätsgespräch vom November 1964, das der Planung von Wohnheimen und allgemeinen Integrationsproblemen gewidmet war.

11 In den Jahren 1964-1966 schritten Bauplanung und Aufbau der Universität zügig voran. Im Januar 1964 wurde das Universitätsbauamt eingerichtet, im Februar fiel die Standortentscheidung für das Stammgelände, im April wurde in Dr. Max Pauer der Leiter der Universitätsbibliothek ernannt, im Oktober in Oberregierungsrat Dietmar Eberth der erste Kanzler. Am 20. November 1965 fand die Grundsteinlegung zum Sammelgebäude statt (die Fotos zeigen Ministerpräsident Goppel, den Vorsitzenden des Strukturbeirats, Hanjochem Autrum, und Oberbürgermeister Schlichtinger), bereits am 29. September 1966 das Richtfest. Das rasche Bautempo wurde ermöglicht durch eine für Regensburg erstmals geschaffene Interministerielle Baukommission, in der Bevollmächtigte des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und der Obersten Baubehörde zusammenwirkten, sowie durch den Einsatz der Fertigbauweise.

Im August 1967 verkaufte die Stadt Regensburg Königswiesen-Süd und Teile von Königswiesen-Nord und -West als Gelände für das Universitätsklinikum an den Staat. Damit fand ein fast dreijähriger Streit - der Staat hatte ursprünglich die Schenkung von ganz Königswiesen gefordert - sein Ende. Schon damals wurde aber erwogen, dieses von der Westumgehung (Autobahn Regensburg-Weiden) und der Ausfahrt Kumpfmühl durchschnittene Areal als Tauschobjekt für das geeignetere Gebiet südlich des Stammgeländes einzusetzen.

12 Während der Bau der Universität rasch voranging, war die Strukturplanung nicht wesentlich über den Stand des Memorandums hinaus fortgeschritten. Die in den Gründungsrektor und das Kuratorium gesetzten Erwartungen hatten sich nicht erfüllt, insbesondere was ihre Offenheit für Reformen anlangte. Der neue Kultusminister Dr. Ludwig Huber sann auf Abhilfe. Anfang April 1965 präsentierte er dem Kuratorium den Plan, ein Beratergremium

zu schaffen, welches alle Strukturfragen der Neugründung nochmals überdenken sollte. Dieser Strukturbeirat trat am 24. Mai zusammen. Er bestand aus 15 Wissenschaftlern aller Disziplinen; zum Vorsitzenden wählte man den Münchener Zoologen Hansjochem Autrum.

Zunächst mußte der Beirat bestrebt sein, die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber dem Kuratorium abzusichern. Er forderte die Vereinigung beider Instanzen zu einem gemeinsamen Gründungsausschuß, wie er von den Neugründungen außerhalb Bayerns bekannt war. Kuratorium und Gründungsrektor widersetzten sich jedoch, das Kabinett wählte schließlich den Kompromiß einer teilweisen personellen Verflechtung der Gremien. Alle wesentlichen Anstöße gingen aber in der Folge vom Strukturbeirat aus.

Seit dem Februar 1965 war Gründungsrektor Baron von Pölnitz einer wachsenden öffentlichen Kritik ausgesetzt. Sie entzündete sich vordergründig am kompromittierenden Stil einiger seiner Publikationen während des Nationalsozialismus, betraf aber primär seine mangelnde Reformbereitschaft und die (auch aus der Sicht des Kultusministeriums) ineffiziente Amtsführung. Am 21. November 1965, unmittelbar nach der Grundsteinlegung, trat Pölnitz vom Amte zurück. Seine Funktionen übernahm fortan Prorektor Prof. Dr. Franz Mayer.

13 In insgesamt 19 Sitzungen erarbeitete der Strukturbeirat 37 "Empfehlungen", die dem Kultusminister, der sein Interesse durch regelmäßige persönliche Teilnahme bekundete, unmittelbar unterbreitet, also ohne bürokratische Verzögerungen verabschiedet wurden. Auf diese Weise gelang es, bis Ende 1966 ein völlig neues Strukturkonzept für die Universität Regensburg zu entwickeln. Dessen Kernprinzip war die Überwindung starrer Fächergrenzen und eine kollegiale Organisation der Forschung, die offen sein sollte für alle, auch die noch nicht absehbaren Fragestellungen der Wissenschaft. Wichtigste Neuerungen waren die Einführung der Fachbereiche sowie von fächerübergreifenden Forschergruppen und die Abschaffung der Institute (Empfehlung XXII.) Das zu dieser Zeit revolutionäre Modell der Universitätsbibliothek (Empfehlung XXV) - zentrale Bestandsverwaltung, dezentrale Aufstellung - wurde für alle folgenden Neugründungen zum Vorbild.

Am 9. Juni 1967 wurde Prorektor Franz Mayer zum ersten Rektor der Universität gewählt. Im April hatte er ein internationales

Symposion über Staat, Wirtschaft und Verwaltung Jugoslawiens organisiert, dem unter seiner Ägide weitere intensive Kontakte zu Universitäten Osteuropas folgten.

Die beiden Stücke rechts in der Vitrine nehmen Bezug auf eine wichtige **Neuerung im Berufungsverfahren**: die erste öffentliche Ausschreibung von Lehrstühlen durch den Berufungsausschuß für die Naturwissenschaften, durchgeführt im Januar 1968. Heute ist die Ausschreibung durch das Bayerische Hochschulgesetz vorgeschrieben.

14 Am 6. November 1967 nahm die Universität ihren **Lehrbetrieb** in der Katholisch-Theologischen Fakultät, in den Fachbereichen Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Philosophie-Psychologie-Pädagogik, Geschichte-Gesellschaft-Politik, Sprach- und Literaturwissenschaften auf. 35 Lehrstühle waren besetzt, für weitere 13 liefen Berufungsverhandlungen. 661 Studenten hatten sich immatrikuliert.

Die **Eröffnungsfeier** fand am 11. November statt, in einem staatlichen (Übergabe des Sammelgebäudes) und einem akademischen Festakt (Verpflichtung der Erstsemester, Rektoratsrede). In der Trennung der Festakte kamen Differenzen zum Vorschein, welche die Universitätsspitze vom Kultusminister und vom Strukturbeirat trennten, insbesondere in der Reform des Berufungsverfahrens: Rektor und Senat opponierten aus Sorge um ihre Autonomie zunächst heftig gegen die öffentliche Ausschreibung (vgl. den Artikel der "Welt"). Im Dezember wurde der Streit dadurch beigelegt, daß der Kleine Senat und der Berufungsausschuß für die Naturwissenschaften zu ihren Beratungen jeweils einen Vertreter der anderen Seite zuzogen.

Bibliothek des
Universitätsarchivs
Regensburg